

„Islamfeindlichkeit – Gegenstrategien und Handlungsbedarfe in Schleswig-Holstein“

Dokumentation einer Veranstaltungsreihe

Verschiedene Studien jüngerer Datums stellen eine erschreckend hohe Zustimmung zu antidemokratischen Überzeugungen fest. In Ostdeutschland teilen 16 Prozent und im Westen 7 Prozent der Bevölkerung ein ‚geschlossenes rechtsextremes Weltbild‘. Immer stärker entlüden sich dabei die Vorbehalte gegen Muslime und den Islam insgesamt.

Der Aussage, dass Muslime nicht die gleichen Rechte eingeräumt werden sollten, wie allen anderen, stimmen 27 Prozent von insgesamt 2.500 im Sommer 2012 Befragten voll und ganz, 30,1 Prozent zumindest überwiegend zu. Kritische Haltungen gegen den Islam

herrschen im Osten bei zwei Dritteln der Bevölkerung vor, in Westdeutschland bei über der Hälfte. Protestanten und Konfessionslose sind diesbezüglich anfälliger als Katholiken. Regelrecht feindselig ist ein Drittel der Bevölkerung gegen den Islam eingestellt. Bei Männern ist dies deutlicher ausgeprägt als bei Frauen.

Eine Entwicklung, die in Gesellschaft und im Alltag auch jenseits extremistischer Verirrungen ihre Intensität entfaltet. Die Mehrheitsgesellschaft schreibt Muslimen gern die Verantwortung für ihre eigenen Klischees über das vermeintlich Orientalische zu. Die Wirklichkeiten in islamischen Staaten werden pauschal über den Leisten vermeintlich europäischer Werte geschlagen. Und die soziale Alltagskultur der in Deutschland lebenden Muslime muss regelmäßig mediale sogenannte Islamkritik über sich ergehen lassen. Auf dem Arbeitsmarkt bestehen für Muslime besondere Hürden.

Gute Gründe also für eine Veranstaltungsreihe, die sich im ersten Halbjahr 2013 intensiv mit Ursachen und Wirkungen bestehender Islamfeindschaft sowie dem Schubladendenken in Gesellschaft und Institutionen beschäftigt und mit der Politik bestehende Handlungsbedarfe diskutiert hat.

Die monatlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen fanden von Januar bis Mai 2013 im Kieler Landeshaus statt. VeranstalterInnen waren der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V., das Projekt diffärenz im Netzwerk IQ Schleswig-Holstein, der Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein, die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein, der Paritätische Schleswig-Holstein, der DGB - Region Kern, die Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein und der Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein e.V.

Impressum

Die Dokumentation „Islamfeindlichkeit – Gegenstrategien und Handlungsbedarfe in Schleswig-Holstein“ enthält sämtliche Beiträge einer Vortragsreihe, die die von Januar bis Mai 2013 in Kiel stattgefunden hat.

Redaktion: Martin Link (v.i.S.d.P.) und Andrea Dallek

Layout: Magazin Verlag Kiel · **Druck:** hansadruck, Kiel

online findet sich die Dokumentation im Internet: www.frsh.de

Herausgeber sind die VeranstalterInnen der Vortragsreihe: Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein e.V. · Deutscher Gewerkschaftsbund Region Kern Kiel · Projekt diffärenz im Netzwerk IQ Schleswig-Holstein · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. · Heinrich Böll Stiftung Schleswig-Holstein · Landesbeauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein · Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein · Paritätischer Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein · Rosa Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein

Bezugs- & Redaktionsadresse: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. · Oldenburger Str. 25 · D-24143 Kiel · Tel.: 0431-735 000 · Fax: 0431-736 077 · office@frsh.de · www.frsh.de

Kiel im Dezember 2013

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir die Vorträge von Prof. Alexander Flores aus Bremen, den Professorinnen Beate Küpper und Dorothee Frings aus Mönchengladbach sowie Dr. Sabine Schiffer aus Erlangen. Der Abschnitt schließt mit einer auszugsweisen Dokumentation der Podiumsdiskussion mit den schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten Serpil Midyatli (SPD), Eka von Kalben (Bündnis 90/ Die Grünen), Anita Klahn (FDP), Astrid Damerow (CDU) und Angelika Beer (Piratenpartei) zu Gegenstrategien und politischen Handlungsbedarfen.

Für die VeranstalterInnen

gez. Martin Link